

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/9062/1649865/aerzte-umfrage-nicht-sterbehilfe-soll-zum-normalfall-werden-sondern-der-zugang-zu-moderner> abgerufen werden.

# Bundesärztekammer

Ärzte-Umfrage: Nicht Sterbehilfe soll zum Normalfall werden, sondern der Zugang zu moderner Palliativmedizin  
Pressemitteilung der Bundesärztekammer

17.07.2010 - 05:00 Uhr, Bundesärztekammer

Berlin (ots) - "Wir Ärzte wollen den Kranken zu ihrem Recht verhelfen. Wir wollen nicht, dass Kranke, entgegen ihrem eigentlichen Willen, unter gesellschaftlichen Druck geraten, Sterbehilfe meinen einfordern zu müssen. Wir Ärztinnen und Ärzte wollen nicht, dass Sterbehilfe - auch nicht als Beihilfe zur Selbsttötung - erst zur Norm und dann zur Normalität wird. Nicht Sterbehilfe soll zum Normalfall werden, sondern der Zugang zu einer modernen palliativmedizinischen Behandlung, die todkranken Menschen ein möglichst schmerz- und beschwerdefreies Leben ermöglicht. Ärztliche Aufgabe ist und bleibt es, Sterbenden beizustehen." So kommentierte Prof. Dr. Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), eine von der BÄK in Auftrag gegebene Befragung, bei der sich rund 80 Prozent aller Ärztinnen und Ärzte gegen eine Legalisierung der aktiven Sterbehilfe ausgesprochen haben.

Nach der Befragung des Allensbach-Instituts ist die große Mehrheit der Ärzte (79 Prozent) davon überzeugt, dass ein Ausbau der Palliativmedizin die Wünsche nach Sterbehilfe verringern würde. Fast ebenso viele (73 Prozent) beklagen aber, die Kapazitäten für die palliativmedizinische Versorgung seien ungenügend. "Dies ist sicher einer der Gründe, warum mittlerweile jeder dritte Arzt im Laufe seines Berufslebens um Hilfe beim Suizid gebeten wird", sagte Hoppe. Hinzu komme ein schleichender Paradigmenwechsel in der Gesellschaft. Sterben und Tod würden zunehmend tabuisiert. "Macht und Materialismus werden glorifiziert. Wer diesem Zeitgeist nicht mehr folgen kann, empfindet sich oft als Belastung. Wir Ärzte sind es dann, die den Todeswunsch der Patienten erfüllen sollen."

Dies stelle Ärztinnen und Ärzte vor schwierige Entscheidungen. Denn natürlich hätten sie Empathie mit ihren schwerstkranken Patienten, so Hoppe. Nach der Studie sind 74 Prozent der Auffassung, dass lebensverlängernde Maßnahmen eingestellt werden sollten, wenn der Patient dies zuvor in einer Patientenverfügung ausdrücklich erklärt hat. Für 37 Prozent kommt ein begleiteter Suizid unter bestimmten Bedingungen in Frage. Aktive Sterbehilfe können sich 25 Prozent zumindest vorstellen. Als wichtigste Bedingungen für eine Suizidbeihilfe wurden eine medizinisch eindeutige - also hoffnungslose - Prognose, die gute Kenntnis des Patienten sowie ein hoher Leidensdruck genannt. "Die Studie zeigt aber auch: Empathie mit Patienten bedeutet nicht Akzeptanz für eine Legalisierung des ärztlich assistierten Suizids sowie der aktiven Sterbehilfe", stellte Hoppe klar.

Tatsächlich befürchtet die große Mehrheit der Ärzte (89 Prozent), eine Legalisierung des ärztlich assistierten Suizids könne leicht dazu führen, dass sich Menschen um Hilfe beim Sterben bemühen, weil sie sich als Belastung für die Familie oder die Gesellschaft empfinden. Für zwei Drittel aller Ärzte verstößt es gegen den hippokratischen Eid, wenn Ärzte Patienten beim Suizid unterstützen.

"Die Studie belegt, dass wir mit unserer ablehnenden Haltung in der Diskussion um eine mögliche Legalisierung der Sterbehilfe die große Mehrheit der Ärztinnen und Ärzte hinter uns haben. Die Ergebnisse lassen aber auch vermuten, dass der schleichende Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft unter Ärzten für Verunsicherung sorgt. Dies werden wir bei unseren Beratungen zur Neufassung der BÄK-Grundsätze zur ärztlichen Sterbebegleitung sowie zur Überarbeitung der (Muster)- Berufsordnung mit berücksichtigen", kündigte Hoppe an. Dabei müsse die Frage beantwortet werden, wie das Standesrecht und das Strafrecht besser in Einklang gebracht werden können.

Der BÄK-Präsident forderte zudem, dass Ärzte in Aus-, Fort- und Weiterbildung auf den Umgang mit sterbewilligen Patienten vorbereitet werden müssten. Die Ergebnisse ließen auch darauf schließen, dass noch nicht alle Ärzte ausreichend über die Möglichkeiten der Schmerz- und Symptombehandlung informiert seien. "Wir müssen schwerstkranken und sterbenden Patienten qualifizierte Schmerztherapie und bestmögliche Pflege bieten. Dazu brauchen wir bundesweit palliativmedizinische Versorgungsstrukturen. Erst wenn dies erreicht ist und die Menschen über diese Angebote informiert sind, dann wird auch der Ruf nach aktiver Sterbehilfe verhallen", sagte Hoppe.

Die Ergebnisse der Befragung können auf der Internetseite der Bundesärztekammer unter [www.bundesaerztekammer.de/sterbehilfe](http://www.bundesaerztekammer.de/sterbehilfe) abgerufen werden.

Pressekontakt:

Pressestelle der deutschen Ärzteschaft

Herbert-Lewin-Platz 1  
10623 Berlin

Tel.: 030 / 4004 56 700

Fax: 030 / 4004 56 707

Originaltext:

Pressemappe:

Pressemappe als RSS:

Bundesärztekammer

<http://www.presseportal.de/pm/9062/bundesaerztekammer>

[http://presseportal.de/rss/pm\\_9062.rss2](http://presseportal.de/rss/pm_9062.rss2)